



Antrag an den Kreisparteitag der CDU Dithmarschen am 12. September 2026

Keine Ausweitung der Parkgebührenpflicht zu Lasten von Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden an Bildungseinrichtungen in Dithmarschen!

Die Junge Union Dithmarschen fordert:

- die kommunalen Entscheidungsträger dazu auf, Parkflächen im direkten Umfeld von Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen möglichst kostenfrei zur Verfügung zu stellen und von einer Ausweitung der Parkgebührenpflicht auf bislang kostenfreie Flächen in diesem Bereich abzusehen.
- bei bereits bewirtschafteten Parkflächen Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden kostenlose Parkausweise für die Dauer ihrer Schul- bzw. Ausbildungszeit zur Verfügung zu stellen. Sollte dies aus haushalterischen Gründen nicht möglich sein, sollen für diese Personengruppen entsprechend kostenreduzierte Parkausweise angeboten werden.

Begründung:

Dithmarschen ist ein Flächenkreis, in dem Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende aufgrund unterschiedlicher Ausbildungszeiten, vielfältiger Bildungsangebote und teilweise weiter Wege auf den Individualverkehr angewiesen sind. Gerade an berufsbildenden Schulen ist die Anreise mit dem eigenen Auto für viele junge Menschen eine notwendige und verlässliche Möglichkeit, den Schul- oder Ausbildungsort zu erreichen. Eine flächendeckende und zeitlich flexible Anbindung durch den ÖPNV ist insbesondere aus den Umlandgemeinden nicht immer gegeben.

Gleichzeitig verfügen Schülerinnen, Schüler und Auszubildende häufig nur über ein geringes eigenes Einkommen. Zusätzliche tägliche Parkgebühren können daher eine spürbare finanzielle Belastung darstellen. Dies gilt insbesondere dort, wo aufgrund von Schulpflicht, Pflichtbeschulung oder fehlenden praktikablen Alternativen keine echte Möglichkeit besteht, auf die Anreise mit dem Auto zu verzichten.



32 Die Junge Union Dithmarschen setzt sich deshalb dafür ein, allen Schülerinnen
33 und Schülern sowie Auszubildenden – unabhängig von ihren finanziellen
34 Möglichkeiten und ihrem Wohnort – eine gleichberechtigte Teilnahme an
35 schulischen und beruflichen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Gerade mit
36 Blick auf rückläufige Ausbildungszahlen und die Herausforderungen bei der
37 Gewinnung von Nachwuchskräften sollten zusätzliche finanzielle Hürden
38 möglichst vermieden werden.

39 Dabei geht es nicht darum, die Haushaltslage der Stadt Heide grundsätzlich
40 außer Acht zu lassen. Vielmehr sollte bei der Suche nach Lösungen
41 berücksichtigt werden, dass junge

42 Menschen, die auf dem Weg zu Schule oder Ausbildung auf das Auto angewiesen
43 sind, nicht unverhältnismäßig belastet werden. Heide profitiert als Kreisstadt
44 von einer vielfältigen Bildungs- und Ausbildungslandschaft. Gute und
45 verlässliche Rahmenbedingungen für deren Erreichbarkeit sind daher auch ein
46 wichtiger Beitrag zur Attraktivität des Bildungs- und Ausbildungsstandortes.

47 Antragssteller: Kreisvorstand JUNGEN UNION DITHMARSCHEN